

Ergeht per E-Mail

Graz, am 19. November 2020
EW – 127 - TR/SI

RUNDSCHREIBEN 98 - A

Sehr geehrtes Mitglied!

Verschiebung Erneuerbaren-Ausbau-Paket

Wir haben Sie informiert, dass das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz per 1.1.2021 in Krafttreten sollte – so zumindest der Plan des BMK. Der Zeitplan wird wohl nicht einzuhalten sein, weil einerseits eine Notifizierung der beihilfenrechtlichen Bestimmungen an die EU-Kommission notwendig ist und auch gewisse Bestimmungen einer Zwei-Drittelmehrheit bedürfen.

In der notwendigen Notifizierung der Förderbestimmungen zum EAG-Paket an die EU-Kommission hat diese nun verlangt, dass einige Bestimmungen zu überarbeiten sind und mit den beihilfenrechtlichen Vorgaben der EU in Einklang zu bringen sind.

Dazu kommt, dass neben einer positiv erfolgten Notifizierung auch bestimmte Regelungen im Gesetzespaket eine Zwei-Drittelmehrheit im Nationalrat erfordern und Gespräche mit den übrigen im Nationalrat vertretenen Parteien noch nicht aufgenommen wurden.

Daher wurde entgegen den bisherigen Plänen des BMK im gestrigen Ministerrat nur die Regelungen zur Netzreserve sowie Verlängerungen von Inbetriebnahmefristen bei ÖSG und KWK beschlossen. Die weitere Behandlung dieser Gesetzentwürfe erfolgt am 2. Dezember im Wirtschaftsausschuss, am 10. Dezember im Plenum des Nationalrats und am 17.12. im Bundesrat.

An der Regierungsvorlage zu den weiteren Bestandteilen des EAG-Pakets wird noch gearbeitet. **Ein Inkrafttreten am 1. Jänner 2021 geht sich somit nicht mehr aus.**

Der Vollständigkeit halber dürfen wir Ihnen nachfolgend die Texte zum Entwurf der **Netzreserve** sowie den Link zu den weiteren online verfügbaren Texten u.a. zur oben genannten **Verlängerung der Inbetriebnahmefristen von ÖSG- und KWK-Anlagen** zukommen lassen, auch wenn Sie möglicherweise nicht unmittelbar betroffen sind. Weiters finden Sie dort eine Novelle des Emissionshandelsgesetzes zur Umsetzung der Änderungen der EU-Emissionshandelsrichtlinie.

<https://www.bundestkanzleramt.gv.at/medien/ministerraete/ministerraete-seit-jaenner-2020/38-ministerrat-am-18-november-2020.html>

Die genannten Texte finden Sie im unteren Drittel der Homepage und im Anhang.

Nach einer ersten Durchsicht des Netzreserve-Entwurfs sind folgende Änderungen gegenüber dem Begutachtungsentwurf feststellbar:

- Meldefrist für Stilllegungen verlängert wie von der Branche gefordert (§ 23a) – bis 30. Sept statt 30. Juni
- max. Vertragsdauer von zwei auf drei Jahre verlängert (§ 23b (5))
- Unterscheidung/Klarstellung Vertragszeitraum-Stilllegungszeitraum (§ 23b (6) und in diesbezüglichen Erläuterungen)

Beim Referenzwert/Signifikanz der Abweichung vom Referenzwert wurden dagegen keine Änderungen vorgenommen. Wir werden versuchen, im parlamentarischen Prozess das Thema weiter einzubringen.

Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE



Mag. Roland Tropper
Geschäftsführer

Anlagen erwähnt